

VEREINTE NATIONEN GEGEN ISRAEL

WIE DIE UNO DEN JÜDISCHEN STAAT DELEGITIMIERT

ALEX FEUERHERDT – ONLINE-VORTRAG, 26. MAI 2020

Zum Einstieg: Antisemitismus als Weltkulturerbe

Im Oktober 2017 gaben die Vereinigten Staaten von Amerika ihren Austritt aus der Unesco bekannt, also aus der *Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur*. Und wenn man der *taz* glaubt, dann war das nur logisch. Denn diese Einrichtung der Vereinten Nationen stehe, so hieß es in einem Kommentar dieser Zeitung, »für Frieden, für Antidiskriminierung, für Kultur, Bildung und Wissenschaft sowie für die Verteidigung der Meinungs- und der Pressefreiheit«. Der amerikanische Präsident Donald Trump dagegen habe »auf vielfache Art gezeigt, dass er bereit ist, jedes einzelne dieser Ziele mit Füßen zu treten«. In der Wortwahl nicht ganz so deutlich, von der Bewertung her jedoch ähnlich waren in deutschsprachigen Medien viele Kommentare zum Rückzug der USA aus der Weltkulturorganisation. Die Botschaft lautete oft: Hier der tumbe US-Präsident, dort die segensreiche Unesco. Doch bei genauerem Hinsehen erweist sich die Unesco als längst nicht so gut, wie es ihr Ruf ist.

Denn die Haltung dieser Unesco gegenüber Israel, die ein wesentlicher Grund für den Rückzug der USA zum 31. Dezember 2018 war, ist von einer grotesken Einseitigkeit gekennzeichnet. Das zeigt bereits ein Blick auf die Resolutionen, die von ihr in den vergangenen Jahren verabschiedet wurden. Alleine zwischen 2009 und 2014 verurteilte die Unesco insgesamt 47-mal ein einzelnes Land wegen vermeintlicher Verstöße gegen ihre Grundsätze. Sage und schreibe 46-mal war dabei Israel dieses Land. Es ist offensichtlich, dass diese Zahl nicht die Realität abbildet, sondern Ausdruck einer regelrechten Obsession ist, die sich gegen den jüdischen Staat richtet.

Im Herbst 2016 beispielsweise nahm der Exekutivrat der Unesco – der zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden Generalkonferenzen die Geschäfte dieser Einrichtung führt – auf Antrag von sieben islamischen Staaten einen Resolutionsentwurf an, der jede jüdische Beziehung zu Jerusalem und insbesondere zum dortigen Tempelberg rundweg ignorierte. Erwähnt wurde in ihm ausschließlich die Bedeutung des »Haram al-Scharif« für den Islam. »Haram al-Scharif«,

das ist der arabische Name für den Tempelberg, und nur dieser wurde in der Resolution genannt. Dass dieser Ort auch Juden heilig ist und zwei Tempel auf ihm standen, unterschlug der Text einfach. Der Platz an der Klagemauer, wo täglich viele tausend Juden beten, firmierte als »Al-Burak-Platz«.

Folgerichtig wurden in der Resolution auch nur angebliche Aggressionen der »Besatzungsmacht Israel« gegen Muslime auf dem »Haram al-Scharif« verurteilt. Die Tatsache, dass die Al-Aksa-Moschee immer wieder als Waffenlager missbraucht wird und es auf dem Tempelberg regelmäßig zu Ausschreitungen gegen Juden kommt, blieb dagegen unerwähnt. Diese Geschichtsklitterung fand tatsächlich eine Mehrheit: 24 Staaten stimmten dafür, nur sechs stimmten dagegen, nämlich Deutschland, Estland, Großbritannien, Litauen, die Niederlande und die USA. Außerdem gab es 26 Enthaltungen, darunter die von Frankreich, Griechenland, Italien, Schweden, Slowenien, Spanien und der Ukraine. Die Mehrzahl der europäischen Länder im Exekutivrat konnte sich also nicht dazu durchringen, der aberwitzigen Beschlussvorlage eine klare Absage zu erteilen.

Im Mai 2017 wurde Israel ein weiteres Mal in einer Resolution attackiert. In ihr wurde der jüdische Staat durchweg als »Besatzungsmacht« in ganz Jerusalem bezeichnet und insbesondere für seine archäologischen Grabungsarbeiten in der Altstadt angegriffen. Dass die islamische Waqf-Stiftung – die zur Verwaltung des Tempelbergs eingesetzt wurde und den Muslimen dort religiöse Autonomie sichern soll – archäologische Arbeiten gezielt unterbindet, um zu verhindern, dass weitere Belege für den jüdischen Bezug zu der Stätte den Weg ans Tageslicht finden, kam gar nicht erst zur Sprache. Dass Israel in Jerusalem historische und gegenwärtige Rechte und Ansprüche besitzt, wurde in dem Dokument ebenfalls unterschlagen. Die Resolution der Unesco war der atemberaubende Versuch einer Einrichtung der Vereinten Nationen, die Existenzberechtigung und die Wurzeln des jüdischen Staates – eines UN-Mitglieds, wohlgemerkt – zu leugnen und ihn buchstäblich zu delegitimieren. Alles, was Israel in der Stadt unternimmt, ja, faktisch sogar seine bloße Präsenz wurde als unrechtmäßig und ungültig bezeichnet. Diesmal stimmten 22 Länder für den Entwurf und zehn dagegen, nämlich die USA, Italien, Deutschland, Großbritannien, die Niederlande, Griechenland, Litauen, die Ukraine, Paraguay und Togo. 23 Staaten enthielten sich der Stimme, darunter Frankreich und Spanien.

Zu den Prinzipien der Unesco sollen laut ihrer Verfassung »die Vielfalt der Kulturen« und »eine ausgewogene geografische Verteilung« bei der Wahl der Mitglieder des Exekutivrates gehören. Doch wann immer es um den jüdischen Staat geht, haben Vielfalt und Ausgewogenheit seit jeher rasch ein Ende. Schon 1974 beispielsweise schloss die Unesco Israel auf arabischen Druck aus, erst vier Jahre später wurde die Ächtung wieder aufgehoben. In den 1990er Jahren boykottierte der seinerzeitige Unesco-Chef Federico Mayor sämtliche internationalen Konferenzen in Jerusalem und verweigerte alle Treffen mit israelischen Offiziellen. Anfang 2014 sagte die Unesco ihre geplante Ausstellung »Das Volk, das Buch, das Land: die 3.500-jährige Beziehung zwischen Juden und Israel« in Paris ab, nachdem arabische Staaten, die diese Beziehung leugnen, vehement protestiert hatten. Im April 2016 verabschiedete der Exekutivrat einen Beschluss, in dem Israel für das angebliche »Platzieren gefälschter jüdischer Gräber« auf muslimischen Friedhöfen verurteilt wurde.

Immer wieder erklärt die Unesco unumstößliche, unleugbare historische Tatsachen einfach per Mehrheitsbeschluss für inexistent und ersetzt sie – das muss man so klar sagen – durch Propaganda. Wollte man es zugespitzt formulieren, dann könnte man sagen, dass die Einrichtung den Antisemitismus als Weltkulturerbe adelt. Dazu passt es, dass zuletzt mit Hamad Bin Abdulaziz Al-Kawari ein Mann für den Posten des Generaldirektors der Unesco kandidierte, der sich mehrfach mit antisemitischen Äußerungen und Aktivitäten hervorgetan hatte. Der frühere katarische Kulturminister hatte in den Jahren 2014 bis 2016 die Ausstellung antijüdischer Literatur auf der Buchmesse in Doha genehmigt, zudem hatte er im Jahr 2013 zu einem Buch seines Ministeriums das Vorwort beigezeichnet, in dem es unter anderem hieß: »Die Juden kontrollieren die Medien, Zeitungen und Verlage in den Vereinigten Staaten und im Westen.« Lupenreiner Antisemitismus also. Al-Kawari schaffte es bei der Unesco bis in die Stichwahl, erst dort unterlag er denkbar knapp der Französin Audrey Azoulay.

Ich verrate Ihnen kein Geheimnis, wenn ich sage, dass die Entschließungen der Unesco keine Einzelfälle sind. Dass die Vereinten Nationen und ihre Einrichtungen generell ziemlich regelmäßig Resolutionen zum Nachteil des jüdischen Staates verabschieden, ist allgemein bekannt, und vielen sogenannten Israelkritikern gilt das als Beleg dafür, dass Israel permanent die Menschenrechte verletzt, ja, derartiges Unrecht begeht, dass man seine Existenzberechtigung in Zweifel ziehen sollte. Ich möchte in diesem Vortrag der Frage nachgehen, woher diese vielen gegen Israel gerichteten Resolutionen rühren, was sie beinhalten, wie sie zustande kommen und was von ihnen zu halten ist. Ich werde aber auch

prüfen, wie die Uno heute überhaupt aufgestellt ist, worin sie sich von früheren Jahren unterscheidet und welches Verständnis von den Menschenrechten bei ihren Mitgliedern vorherrscht. Und ich werde mich der Frage widmen, ob die »Israelkritik« bei den Vereinten Nationen antisemitisch ist oder zumindest sein kann.

»Das alte Spiel zwischen Brüssel und Ramallah«: Die WHO

In diesem Zusammenhang komme ich nicht umhin, zunächst noch ein bisschen mehr darüber zu berichten, was die Vereinten Nationen in Bezug auf den jüdischen Staat so alles entscheiden, vor allem in der jüngeren Vergangenheit. Nehmen wir zum Beispiel die Weltgesundheitsorganisation (WHO), die – so viel lässt sich wohl gefahrlos behaupten – wie die Unesco einen ausgesprochen guten Ruf genießt, wo sie sich doch ganz und gar vorbildlich um die Bekämpfung von Krankheiten und die Hebung des weltweiten Gesundheitsniveaus kümmert. Doch wen hat diese Einrichtung auf ihrer Jahresversammlung im Mai 2016 in einer Resolution mit großer Mehrheit als weltweit einziges Land dafür gebrandmarkt, die geistige und die körperliche Gesundheit von Menschen sowie die Umwelt zu schädigen? Genau: Israel. Nicht etwa Syrien oder Russland wegen der Bombardierung syrischer Krankenhäuser, auch nicht beispielsweise den Jemen, wo fast 20 Millionen Menschen der Zugang zu Nahrung und Wasser verweigert wird. Nein, Israel. Und nur Israel. 107 Mitgliedsstaaten stimmten dafür, lediglich acht dagegen, weitere acht enthielten sich. Israel war auch das einzige Land, dem auf der Tagesordnung ein eigener Punkt gewidmet wurde.

Beantragt worden war dieser Beschluss von Kuwait im Namen der arabischen Staaten sowie von der palästinensischen Delegation. Offiziell veröffentlicht wurden zudem begleitende Stellungnahmen von Syrien und den Palästinensern, die überdeutlich werden lassen, welche Motivation hinter der Resolution steckt. Beide Statements waren gespickt mit klassischen antisemitischen Verschwörungstheorien. So hieß es im syrischen Papier beispielsweise, die »israelischen Besatzungsbehörden« verseuchten die Golanhöhen mit radioaktivem Material, führten an syrischen und arabischen Gefangenen Experimente mit Medikamenten und Drogen durch und injizierten ihnen pathogene Viren. Im palästinensischen Dokument wurde unter anderem behauptet, Israel bringe arabische Häftlinge in radioaktiv kontaminierten Gebieten unter, verabreiche palästinensischen Gefangenen kurz vor deren Freilassung krebserregende Substanzen und liefere getötete Palästinenser nur unter der Bedingung aus, dass sie sofort beerdigt werden – damit sich der Organraub nicht mehr nachweisen lasse.

Im endgültigen Resolutionstext selbst sparte man sich zwar schließlich die größten Ausfälle, um eine möglichst breite Zustimmung zu erreichen, aber die Botschaft blieb auch so eindeutig: Der jüdische Staat macht die Menschen in den »besetzten Gebieten« krank, versagt ihnen notwendige medizinische Hilfe und vergiftet die Umwelt. Dadurch, dass ihm als einzigem Land auf der WHO-Versammlung eine eigene EntschlieÙung gewidmet wurde, erhielt er zudem eine Sonderstellung – seine vermeintlichen Verstöße erschienen so als außergewöhnlich gravierend. Hillel Neuer, der Geschäftsführer der Uno-kritischen Organisation UN Watch, hob in einer Stellungnahme zu Recht hervor, dass »jeder, der jemals in einem israelischen Krankenhaus oder einer Klinik war, [weiß,] dass Israel eine Gesundheitsversorgung von Weltklasse [auch] für Tausende von palästinensischen Arabern und Syrern bietet, die vor Assad fliehen«. Die Vertreter der USA und Kanadas widersprachen dem Resolutionsbegehren auf der WHO-Sitzung dann auch energisch.

Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die anderen EU-Staaten hingegen votierten bei der Abstimmung mit »Ja«, schlossen sich also der von den Palästinensern und den arabischen Staaten initiierten Verteufelung Israels an. Es sei, so Hillel Neuer, das alte Spiel zwischen Brüssel und Ramallah gewesen: »Die PLO reicht erst einen noch drastischeren Entwurf ein – im Wissen, dass er später revidiert werden wird –, damit die Europäer so tun können, als hätten sie einen »ausgewogeneren« Text erreicht. Von Israel wird dann erwartet, dass es feiert, nur mit einem dünneren Strick gelyncht worden zu sein.« Die gesamte Europäische Union sei, so Neuer weiter, »in die Untiefen des Irrationalismus hinabgestiegen. [...] Indem der jüdische Staat für alle Gesundheitsprobleme der Welt zum Sündenbock gemacht wird – genauso wie das mittelalterliche Europa einst die Juden beschuldigte, Brunnen zu vergiften –, hilft die EU der Uno und ihrer Weltgesundheitsorganisation dabei, die Humanität und die Grundsätze, auf denen sie basiert, zu verraten.«

Die Verurteilung Israels auf den WHO-Versammlungen ist übrigens ein regelrechtes Ritual, sie wiederholt sich Jahr für Jahr. Auch im Mai des vergangenen Jahres gab es eine entsprechende Resolution. Diesmal stimmten 96 WHO-Mitgliedsländer zu, elf votierten mit Nein, bei 21 Enthaltungen. Die Nein-Stimmen kamen diesmal von den USA, Großbritannien, Australien, Kanada, Guatemala und Israel sowie erstmals von Brasilien, Tschechien, Honduras, Ungarn – und der Bundesrepublik Deutschland. Ist das im Falle Deutschlands ein Zeichen für eine grundsätzliche Änderung des Abstimmungsverhaltens in Bezug auf Israel? Ich werde im Laufe des Vortrags darauf zurückkommen.

Frauenrechte à la Uno

Weitere Beispiele gefällig? Kein Problem. Bei den Vereinten Nationen gibt es eine »Fachkommission für die rechtliche Stellung der Frau«. Sie existiert seit 1946 und gehört zum Wirtschafts- und Sozialrat der Uno, einem der sechs UN-Hauptorgane (zu denen beispielsweise auch die Generalversammlung, der Sicherheitsrat und der Internationale Gerichtshof zählen). Die Kommission hat sich die Geschlechtergerechtigkeit zum Ziel gesetzt, tritt für die universellen Rechte von Frauen ein und beobachtet, wie sich die diesbezügliche Lage in der Welt entwickelt. Einmal im Jahr tritt das derzeit 45 Mitglieder umfassende Gremium im UN-Hauptquartier in New York zusammen, um den Stand der Dinge zu resümieren, politische Schritte zu beraten, Resolutionen zu verabschieden und Programme zu beschließen. Es ist die höchste und wichtigste Einrichtung der Vereinten Nationen, was Frauenrechte betrifft.

Im März 2015 fand die 59. Jahressitzung der Frauenrechtskommission statt. Und dabei wurde auch eine Resolution angenommen, in der ein Staat – genau ein einziger – für die Verletzung von Frauenrechten verurteilt wird, nämlich Israel. Nicht Pakistan, wo prozentual den meisten Frauen Gewalt durch ihren Partner widerfährt. Nicht der Sudan, wo 88 Prozent der Frauen unter 50 Jahre eine Genitalverstümmelung über sich ergehen lassen mussten und wo das Mindestalter für eine Heirat von Mädchen bei zehn Jahren liegt. Nicht Saudi-Arabien, wo Frauen physisch bestraft werden, wenn sie nicht die vorgeschriebene Kleidung tragen, und wo sie bis vor kurzem nicht einmal Auto fahren durften. Auch nicht der Iran, wo Frauen wegen eines Seitensprungs zu Tode gesteinigt werden können, keinem Gericht vorstehen dürfen, einem rigiden Kopftuchzwang zu folgen haben und das Einverständnis ihres Mannes benötigen, um außerhalb ihrer Wohnung zu arbeiten. Und nicht eines jener zahlreichen Länder, in denen »Ehrenmorde«, Frauenhandel, Zwangsprostitution und die gesamte Palette der Vorenthaltung politischer, individueller und sozialer Rechte für Frauen an der Tagesordnung, also »normal« sind.

Nein, dieser Staat, der als einziger von der *United Nations Commission on the Status of Women* in einer Resolution explizit verurteilt wurde, ist tatsächlich Israel. In der Entschließung heißt es: »Die israelische Besatzung bleibt das Haupthindernis für palästinensische Frauen, was ihre Fortschritte, ihre Eigenständigkeit und ihre Integration in die Entwicklung ihrer Gesellschaft betrifft.« Die Resolution, auf Anregung der Palästinenser

und von Südafrika in die Versammlung der UN-Frauenrechtskommission eingebracht, wurde mit 27 Ja-Stimmen angenommen. Nur zwei Kommissionsmitglieder votierten mit Nein, nämlich die USA und Israel selbst. Außerdem gab es 13 Enthaltungen – darunter die Mitglieder der Europäischen Union. In unseren Breitengraden findet man es also zumindest nicht völlig abwegig, in Israel die Nummer eins unter den Frauenrechtsverletzern auf dem Globus zu sehen.

Daran hat sich bis heute nichts geändert: Im Juli 2019 war es der Wirtschafts- und Sozialrat selbst, der Israel diesbezüglich an den Pranger stellte. Mit 40 Ja- und nur zwei Nein-Stimmen – nämlich denen der USA und Kanadas – wurde ein Antrag angenommen, in dem der Rat aufgefordert wurde zu bekräftigen, »dass die israelische Besatzung nach wie vor ein wesentliches Hindernis für die Entwicklung von palästinensischen Frauen und Mädchen im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Rechte sowie auf ihren Fortschritt, ihre Eigenständigkeit und ihre Integration in die Entwicklung ihrer Gesellschaft darstellt«. Auch europäische Länder wie Dänemark, Frankreich, Irland, Luxemburg, Malta und die Niederlande schlossen sich diesem Antrag an. Deutschland, Großbritannien, Rumänien und die Ukraine enthielten sich der Stimme, konnten sich also nicht zu einer Ablehnung durchringen.

Das antiisraelische Flaggschiff der Uno: Der Menschenrechtsrat

Aber das ist sogar noch harmlos, verglichen mit dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen, in dem die islamischen Staaten und andere Autokratien die Mehrheit stellen. Eine statistische Auswertung vom Sommer 2015 macht sehr gut deutlich, wie dieser Menschenrechtsrat beschaffen ist und warum er seinem edlen Namen nichts als Hohn spricht. Diese Auswertung zeigt, welche Länder der Rat seit seiner Gründung im Jahr 2006 bis zum August 2015 wie oft wegen Menschenrechtsverstößen verurteilt hat. Das Ergebnis: 62 Verurteilungen richteten sich gegen Israel, auf 55 kamen alle anderen Länder dieser Welt zusammen. Noch einmal: zweiundsechzig zu fünfundfünfzig. Im Einzelranking lag Syrien mit 17 Verurteilungen weit abgeschlagen hinter dem jüdischen Staat, gefolgt von Myanmar (zwölf), Nordkorea (acht) und dem Iran (fünf). Menschenrechtsparadiese wie Afghanistan, der Libanon oder Pakistan sind gar gänzlich ungeschoren davongekommen.

Schon diese Zahlen zeigen, um was für eine groteske Veranstaltung es sich beim Menschenrechtsrat handelt. Noch deutlicher wird das, wenn man weiß, dass es auf ausnahmslos jeder Sitzung des Rates einen festen Tagesordnungspunkt gibt – den »Item 7« –,

der sich »Menschenrechtliche Situation in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten« nennt – und sich explizit und ausschließlich der Dämonisierung Israels widmet. Die Beschäftigung mit dem jüdischen Staat ist also geradezu obsessiv. Und deshalb weiß man auch immer schon vorher, was dabei herauskommt, wenn der Menschenrechtsrat eine Kommission einsetzt, die das Geschehen im Zuge eines Krieges untersuchen soll, an dem Israel beteiligt war. So wie beispielsweise die Goldstone-Kommission, die sich auf Antrag von Kuba, Ägypten und Pakistan im Auftrag des Menschenrechtsrates mit den Militärschlägen der israelische Armee gegen die Hamas Ende 2008, Anfang 2009 beschäftigte. Sie legte schließlich ein 575 Seiten umfassendes Dokument vor – den sogenannten Goldstone-Report –, der kein Untersuchungsbericht war, sondern nichts anderes als eine Anklageschrift gegen den jüdischen Staat, dem allerlei »Kriegsverbrechen« und »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« vorgeworfen wurden.

Der Raketenterror der Hamas fand dagegen lediglich am Rande Erwähnung, und auch ansonsten kam die Gotteskriegertruppe ausgesprochen glimpflich davon. So heißt es im Goldstone-Report beispielsweise, nicht einmal 17 Prozent der getöteten Palästinenser seien Kombattanten gewesen, mithin müssen also über 83 Prozent Zivilisten gewesen sein. Auf eine solche Zahl kann man allerdings nur kommen, wenn man, wie im Bericht geschehen, selbst die Polizisten im Gazastreifen zu den Zivilisten rechnet, obwohl nachweislich über 90 Prozent von ihnen zum militärischen Flügel der Hamas gehören. Vom Vorwurf, tatsächliche Zivilisten als »menschliche Schutzschilde« missbraucht zu haben, wird die Hamas glatt freigesprochen; überdies wollen Goldstone und seine Kollegen keine Beweise dafür gefunden haben, dass die Gotteskriegertruppe Waffen und Munition in Moscheen, Schulen und Krankenhäusern gelagert hat – wodurch israelische Angriffe auf diese Einrichtungen zwangsläufig zu Kriegsverbrechen mutieren, obwohl noch nicht einmal die Hamas abstreitet, solche Depots angelegt zu haben.

Richard Goldstone selbst – das sei nicht nur der Vollständigkeit halber gesagt – distanzierte sich übrigens im April 2011 von seinem eigenen Urteil. In einem Gastbeitrag für die *Washington Post* schrieb er: »Wenn ich gewusst hätte, was ich heute weiß, wäre der Goldstone-Bericht ein anderes Dokument geworden.« Neuere Untersuchungen ließen erkennen, so Goldstone, dass Zivilisten nicht absichtlich zum Ziel israelischer Angriffe gemacht worden seien. So hoch man Goldstone seine Einsicht auch anrechnen muss: Sie kam

sehr spät und vor allem erst zu einem Zeitpunkt, als der politische und diplomatische Schaden für Israel bereits angerichtet war.

Die israelische Regierung beschloss jedenfalls, nicht mehr mit dem Menschenrechtsrat zu kooperieren, auch nicht und schon gar nicht mit seiner Kommission, die im Juli 2014 eingesetzt wurde, um Verstöße gegen die Menschenrechte und das Völkerrecht dokumentieren, zu denen es nach ihrer Einschätzung im Zuge des Gaza-Krieges im Sommer des nämlichen Jahres gekommen war. Was hätte der jüdische Staat auch zu erwarten gehabt, zumal angesichts der Tatsache, dass der Vorsitz der Kommission an William Schabas übertragen worden war, einen kanadischen Völkerrechtler, der in der Vergangenheit mehrmals mit Äußerungen von sich reden gemacht hatte, die auf eine Voreingenommenheit gegen Israel schließen ließen? So sagte Schabas beispielsweise, er verwende viel Zeit und Energie darauf, Israelis vor den internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zu bringen, insbesondere Premierminister Netanjahu. Die Hamas dagegen ist für ihn nur eine »politische Partei«, die von den »armen Menschen in Gaza« gewählt worden sei, weil sie deren sehnlichen Wunsch nach einem eigenen Staat repräsentiere. Mit Blick auf den Gaza-Krieg im Sommer 2014 wollte Schabas bereits vor seinem Amtsantritt als Vorsitzender der Untersuchungskommission »Beweise für die Unverhältnismäßigkeit« der israelischen Militärmaßnahmen gefunden haben. Der seinerzeitige israelische Botschafter bei den Vereinten Nationen, Ron Prosor, sagte deshalb: »Eine Untersuchungskommission zu bilden, die von Schabas geführt wird, ist genauso, als würde man den Islamischen Staat einladen, die Woche der religiösen Toleranz bei der Uno zu organisieren.«

Als schließlich bekannt wurde, dass Schabas im Jahr 2012 als Rechtsberater für die PLO tätig war, musste er wegen Befangenheit zurücktreten. An seine Stelle rückte die amerikanische Richterin Mary McGowan Davis. Sie stellte im Juni 2015 den Abschlussbericht vor, der sich bei genauerem Hinsehen als weitere Anklageschrift gegen den jüdischen Staat entpuppte. Schon die zu Beginn des 184-seitigen Dokuments vorgenommenen Verrenkungen, mit denen der Gazastreifen zum weiterhin besetzten Gebiet gemacht wird, sind abenteuerlich. Nicht einmal vor einem Vergleich mit Nazideutschland wird Halt gemacht: Wie die Wehrmacht nach ihrem Abzug aus Griechenland 1944 sei auch die israelische Armee in Gaza faktisch eine Besatzungsmacht geblieben, heißt es in dem Bericht.

Der Hamas dagegen wird allen Ernstes bescheinigt, ihre Raketenangriffe überwiegend gegen militärische Ziele gerichtet zu haben und auf die Vermeidung ziviler Opfer aus gewesen zu sein, wengleich es, wie es betont vorsichtig heißt, von ihr auch Statements gegeben habe, die auf das Gegenteil hätten schließen lassen, weshalb man »nicht ausschließen« könne, dass der Beschuss Israels eine Form von Terror gegen die Zivilbevölkerung gewesen sei. Die Tunnel seien im Betrachtungszeitraum ausschließlich für Angriffe auf israelische Soldaten in der Nähe des Grenzzauns benutzt worden und hätten damit »legitimen militärischen Zwecken« gedient. Die israelische Bevölkerung sei zumindest in einigen Fällen »in Presseerklärungen und im Internet« vor Angriffen der Hamas gewarnt worden. Es sei zudem nicht die Hamas gewesen, die Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbraucht habe, sondern die israelische Armee. Hillel Neuer, der bereits erwähnte Geschäftsführer von UN Watch, resümierte in einem Interview der Wochenzeitung *Jungle World*: »Wir sind an einem Tiefpunkt in der Geschichte der UN angelangt, an dem es für Terrorgruppen Teil ihrer Kriegsführung ist, sich darauf verlassen zu können, dass der Menschenrechtsrat in Genf und auch die Generalversammlung in New York bei Terrorismus wegsehen und Israel angreifen. Effektiv wird so die israelische Fähigkeit zur Selbstverteidigung unterminiert.«

Teil des Problems und nicht der Lösung: Die UNRWA

Und damit zu einer weiteren Einrichtung der Uno, nämlich deren Flüchtlingshilfswerk für die Palästinenser, der *United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East*, kurz: UNRWA. Diese veröffentlichte am 22. Juli 2014 eine Pressemitteilung, die zumindest auf den ersten Blick verstörte: »Die UNRWA hat heute im Rahmen einer Routineinspektion ihrer Räumlichkeiten in einer leer stehenden Schule versteckte Raketen entdeckt«, hieß es darin. Unmittelbar nach diesem Fund – dem zweiten von insgesamt dreien während des Gazakrieges vor viereinhalb Jahren – habe man das Personal evakuiert, weshalb man keine genauen Angaben zur Zahl der Raketen machen könne. Die Sprengkörper seien schließlich, so UNRWA-Sprecher Christopher Gunness, den »Behörden« übergeben worden. Diese Behörden werden im Gazastreifen jedoch von der Hamas geführt – jener Organisation mithin, die zuvor Tausende dieser Raketen auf Israel geschossen hatte. Ein Skandal also? Selbstverständlich – wobei dieser Skandal gleichzeitig den Normalzustand im Gazastreifen darstellt. Denn die Bande zwischen der UNRWA und der terroristischen Hamas ist eng, und das nicht erst seit der israelischen Militäroperation vom Sommer 2014.

Bereits die Existenz der UNRWA ist in vielerlei Hinsicht ungewöhnlich, man könnte auch sagen: grotesk. Denn die als »palästinensische Flüchtlinge« geltende Personengruppe genießt innerhalb der Uno eine Sonderstellung: Während alle anderen Flüchtlinge auf dieser Welt in den Zuständigkeitsbereich des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) fallen, haben die Palästinenser seit 1949 ihr eigenes Flüchtlingshilfswerk. Damals rief die UN-Vollversammlung die UNRWA ins Leben, um rund 700.000 palästinensische Araber zu versorgen, die im Zuge des israelischen Unabhängigkeitskrieges den neu gegründeten jüdischen Staat nach dem Überfall der arabischen Staaten verlassen hatten oder verlassen mussten. Nach den UN-Richtlinien wird ihr Flüchtlingsstatus – anders als bei allen anderen Flüchtlingen und entgegen der Genfer Flüchtlingskonvention – bis heute vererbt. Die erdrückende Mehrheit der mittlerweile fast fünfeinhalb Millionen Palästinenser, die bei der UNRWA als »Flüchtlinge« registriert sind – und dadurch ein Anrecht auf kostenlose Dienstleistungen in Bereichen wie Bildung, Gesundheitsfürsorge und Sozialhilfe haben –, ist also niemals geflohen, sondern erhielt diesen Status einfach durch die Abstammung von »echten« Flüchtlingen.

Dadurch leben heute Millionen von Palästinensern als »Flüchtlinge« auf palästinensischem Grund und Boden und streben ihre »Rückkehr« an – in ein Land, in dem sie ja nie gelebt haben. Die UNRWA unterstützt sie dabei ausdrücklich. Während das Flüchtlingshilfswerk UNHCR seine Aufgabe darin sieht, die Probleme seiner Flüchtlinge zu lösen, besteht die Politik der UNRWA darin, die Probleme ihrer »Flüchtlinge« zu perpetuieren. Der UNHCR versucht, nötigenfalls eine neue Heimat für die Flüchtlinge zu finden, und hilft ihnen bei den Hürden und Formalitäten der Einwanderung. Der UNRWA dagegen hat, so schrieb sie es selbst anlässlich ihres 60-jährigen Bestehens, »kein Mandat, um dauerhafte Lösungen für die palästinensischen Flüchtlinge zu finden, obwohl sie in den ersten Jahren ihres Bestehens noch das Recht hatte, Aktivitäten nachzugehen, die die Integration von Flüchtlingen in ihren Gastländern fördern«.

Eine solche Integration als dauerhafte Lösung würde jedoch den Verzicht auf die »Rückkehr« bedeuten, und das hätte weitreichende Konsequenzen: Die Existenz Israels würde damit anerkannt, auf die »Befreiung ganz Palästinas« – also die Zerstörung des jüdischen Staates – würde somit verzichtet. Der gesamte palästinensische Mythos von der grundsätzlichen Unrechtmäßigkeit Israels wäre hinfällig, und es gäbe keine Möglichkeit mehr, über die »Rückkehr« von mehr als fünf Millionen Palästinensern die Demografie in Israel so zu

verändern, dass die Juden zur Minderheit würden. Dass die palästinensische Seite sich einer Akzeptanz der Realität und damit der Möglichkeit einer Koexistenz mit Israel verweigert, ist das eine, dass die Uno-Einrichtung UNRWA diese fatale Haltung auch noch tatkräftig fördert, etwas anderes.

92 Prozent ihres Haushalts erhält die UNRWA übrigens direkt von einzelnen Staaten. Bis vor kurzem waren die USA der größte Geldgeber, gefolgt von Deutschland und Saudi-Arabien. Wie Sie wahrscheinlich wissen, haben die Vereinigten Staaten jedoch ihre Zuwendungen – die rund ein Drittel des UNRWA-Budgets ausmachten – zunächst drastisch gekürzt, um sie schließlich komplett einzufrieren.

Die UNRWA ist die größte Einzelorganisation der Vereinten Nationen und mit knapp 30.000 Mitarbeitern – davon sind bis auf 200 alle Palästinenser – der zweitgrößte Arbeitgeber in den palästinensischen Gebieten hinter der Palästinensischen Autonomiebehörde. Zum Vergleich: Der UNCHR verfügt über etwas mehr als 10.000 Mitarbeiter, die für über 70 Millionen Flüchtlinge zuständig sind. Die UNRWA betreibt zudem das größte Bildungswerk des Nahen Ostens, rund eine halbe Million Kinder lernt hier in 721 Schulen, dass sie Opfer israelischer Vertreibung sind und ein sakrosanktes »Rückkehrrecht« haben, das notfalls mit Gewalt durchgesetzt werden soll.

Angesichts dessen verwundert es auch nicht, dass die UNRWA enge Verbindungen zur Hamas unterhält. Bereits im Oktober 2004 räumte der seinerzeitige UNRWA-Generalkommissar Peter Hansen in einem Interview mit einem kanadischen Sender ein: »Ich bin mir sicher, dass Hamas-Mitglieder auf der Lohnliste der UNRWA stehen.« Er halte das jedoch »nicht für ein Verbrechen«, denn: »Die Hamas ist eine politische Organisation, nicht jedes Mitglied ist ein Militanter. Wir führen keine politischen Überprüfungen durch und schließen irgendwelche Leute aus, nur weil sie die eine oder andere politische Überzeugung haben.« Im Januar 2009 sagte UNRWA-Sprecher Guinness auf die Frage, ob seine Organisation etwas gegen die Infiltration durch diese Terroristen unternehme: »Die palästinensischen Mitarbeiter unterschreiben ein Formular, in dem sie bestätigen, dass sie keine politischen Verbindungen haben und nicht an Aktivitäten teilnehmen werden, die die Neutralität der UN verletzen würden.« Dass etwaige Verstöße gemeldet werden, müssen sie allerdings nicht befürchten, wie James G. Lindsay, Justiziar der UNRWA von 2002 bis 2007, deutlich machte: »Bewaffnete Gruppen haben keine Hemmungen, ihre Waffen einzusetzen,

um ihre Ansichten zu bekräftigen oder diejenigen zu bestrafen, die nicht mit ihnen übereinstimmen. Darum passiert es vor allem in Gaza, der Westbank und dem Libanon selten, dass ein Angestellter meldet, dass ein anderer diejenigen Regeln gebrochen hat, die politische Reden verbieten – oder gar Verbindungen zum Terrorismus hat.«

Der israelische Journalist David Bedein, der seit Jahren zur UNRWA recherchiert, präsentiert in seinem Buch »UNRWA: A Roadblock to Peace« zahlreiche Beispiele für die Kooperation der UN-Einrichtung mit Terroristen: Gedenkzeremonien für Hamas-Führer werden in UNRWA-Schulen abgehalten, UNRWA-Lehrer widmen sich nach Feierabend dem Raketenbau und werden im Falle ihrer Tötung in den UN-Schulen als »Märtyrer« gefeiert, UNRWA-Jugendclubs mutieren zu Terroristentreffs. Hinzu kommt, dass das in UNRWA-Schulen verwendete Lehr- und Lernmaterial vor Antisemitismus nur so strotzt. Auf Landkarten ist der Staat Israel nicht existent, Juden haben laut den Schulbüchern keine heiligen Orte in Palästina, sondern bloß »gierige Ambitionen«. Bei den Wahlen zu den UNRWA-Angestelltenvertretungen im September 2012 hat die Hamas-Liste folgerichtig einen deutlichen Sieg erzielt, wie Bedein schreibt. 11.500 UNRWA-Mitarbeiter haben demzufolge damals ihre Stimme abgegeben, die Hamas gewann alle elf Sitze im Lehrersektor, sechs von sieben im Arbeitersektor und acht von neun im Dienstleistungssektor. Eine konkurrierende Liste gab es durchaus – nur war es die des Islamischen Jihad.

Die UNRWA ist letztlich ein Teil des Problems und nicht der Lösung, schon weil sie die Flüchtlingsproblematik verewigt, statt auf ihr Ende hinzuarbeiten. Die UNRWA verstärkt den Antisemitismus, die Opferhaltung und den Märtyrerkult der Palästinenser. Dass sich die Hamas in ihren Reihen tummelt und pudelwohl fühlt, ist deshalb weder ein unglücklicher Zufall noch ein Versehen, sondern nur folgerichtig, denn die ganze Struktur des Hilfswerks ist darauf angelegt.

Das Elend der Vereinten Nationen

Ich fasse noch einmal kurz zusammen: Die Unesco bestreitet einen jüdischen Bezug zu Jerusalem im Allgemeinen und zum Tempelberg im Besonderen. Die WHO wirft Israel als einzigem Land vor, die geistige und die körperliche Gesundheit von Menschen sowie die Umwelt zu schädigen. Für die Uno-Frauenrechtskommission ist Israel die Nummer eins unter den Frauenrechtsverletzern auf dem Erdball. Der Menschenrechtsrat verurteilt den jüdischen Staat häufiger als alle anderen Länder dieser Welt zusammen und wirft ihm in

Kommissionsberichten schwerste Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen vor. Die UNRWA ist keine Einrichtung, die Flüchtlingen hilft, sondern eine von der Hamas dominierte Organisation zur Zerstörung Israels.

Auch die UN-Generalversammlung verabschiedet auf ihren Sitzungen übrigens regelmäßig mehr Resolutionen gegen den jüdischen Staat als gegen alle anderen Länder zusammen. Im Jahr 2018 richteten sich 26 Verurteilungen gegen ein einzelnes Land, 21 davon entfielen auf Israel. In den Jahren davor sahen die Zahlen ähnlich aus, im Jahr 2019 waren es etwas weniger, aber da gab es auch weniger Resolutionsentwürfe. Man sollte meinen und erwarten, dass wenigstens demokratische Länder wie die Mitglieder der Europäischen Union dieses durchschaubare Spiel nicht mitmachen, sondern bei den Abstimmungen mit einem klaren Nein votieren. Doch das Gegenteil ist der Fall, immer wieder. Deutschland beispielsweise stimmte im vorvergangenen Jahr 16 der 21 antiisraelischen Resolutionen in der Generalversammlung zu und enthielt sich bei vier weiteren. Zur Begründung erklärte der deutsche Außenminister Heiko Maas, man verfolge die Linie, sich an den Diskussionen über die betreffenden Resolutionsentwürfe bis zum Schluss zu beteiligen, statt den Rückzug anzutreten und mit »Nein« zu stimmen. Auf diese Weise habe man viele Beschlüsse abmildern können. Wörtlich sagte Maas: »Anstatt frühzeitig aus der Debatte rauszugehen und damit Resolutionstexte zu bekommen, die deutlich schärfer gegen Israel gerichtet sind, wollen wir in den Debatten Einfluss nehmen und dafür sorgen, dass die Texte so ausfallen, dass sie nicht die Schärfe haben, sondern dass Dinge, die dort stehen und die wir nicht mittragen können, auch nicht verabschiedet werden.« Das ist dieses Prozedere, das Hillel Neuer als »das alte Spiel zwischen Brüssel und Ramallah« bezeichnet hat. In der Tat ist dieser Ansatz abwegig. Denn die Resolutionen sind auch in ihrer abgeschwächten Form untragbar, schon weil ihre schiere Zahl – gerade verglichen mit den wenigen Verurteilungen anderer Länder – für eine weitere Dämonisierung und Delegitimierung der einzigen Demokratie im Nahen Osten sorgt.

Es gab in der Geschichte der Vereinten Nationen schon immer Beschlüsse gegen Israel, aber in den vergangenen Jahren hat sich die Verurteilerei zu einem völligen Irrsinn ausgewachsen. Und das hat benennbare Gründe. Es gehört zu den großen Irrtümern, die Uno für eine Art überparteiliche Friedensstifterin zu halten und in ihr gewissermaßen die globale Hüterin der Menschenrechte zu sehen. Gewiss, die Vereinten Nationen waren ursprünglich ein antifaschistisches Kriegsbündnis, gegründet, um »künftige Geschlechter vor der Geißel des

Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat« – so steht es in der Präambel der UN-Charta. Doch bereits in ihrer Gründungsphase offenbarte sich der unauflösbare Gegensatz zwischen der idealistischen Vorstellung universeller Menschenrechte und der harten Realität nationalstaatlicher Souveränität, der die UN immer begleiten wird.

Während die Gründungsmitglieder in ihrer Mehrzahl aber immerhin bürgerliche Demokratien waren, änderten sich die Kräfteverhältnisse im Zuge der Dekolonisierung: Eine Vielzahl neu gegründeter oder unabhängig gewordener Staaten strömte in den 1960er und 1970er Jahren in die Uno, von denen sich viele sehr bald als Despotien konsolidierten und die Gründungsideale der UN häufig als Neokolonialismus verunglimpften, um damit die Menschenrechtsverletzungen an ihren Bürgern zu überdecken. Gleichzeitig blieben die grundsätzliche Struktur der Vereinten Nationen und ihr Modus Operandi bestehen. Weiterhin gilt: ein Staat – eine Stimme. Die Qualität der internationalen Menschenrechtspolitik wird dementsprechend zu einer Frage der Mehrheit, und diese Mehrheit ist mittlerweile in fast allen UN-Gremien eine antiisraelische.

Innerhalb dieser Mehrheit unterstützt man sich gegenseitig, wählt sich in verschiedene Gremien und sorgt dafür, dass Menschenrechtsverletzungen im eigenen Land nicht zur Sprache gebracht werden. Gleichzeitig erwidern die Autokratien, Despotien und Diktaturen in der Uno seit dem Sechstagekrieg von 1967 die westliche Kritik an ihren Menschenrechtsverstößen immer wieder mit lautstarken Angriffen auf Israel – um auf diese Weise ein eigenes Engagement in Menschenrechtsfragen zu simulieren. So und nicht anders erklärt sich die exorbitant große Zahl an Resolutionen, in denen der jüdische Staat verurteilt wird. Und deshalb sagen diese Verurteilungen wenig bis nichts über Israel aus, dafür aber eine ganze Menge über die elende Gegenwart der Vereinten Nationen. Schon Abba Eban, der frühere israelische Außenminister und erste Vertreter Israels bei der Uno, wusste das, als er einmal sagte: »Wenn Algerien in einem Resolutionsentwurf erklären würde, dass die Erde eine Scheibe ist und Israel sie dazu gemacht hat, dann würde diese Resolution mit 164 zu 13 Stimmen bei 26 Enthaltungen angenommen werden.« Eine UN-Entscheidung wie der Teilungsbeschluss von 1947, der die Grundlage für die spätere Ausrufung des Staates Israel war, wäre heute jedenfalls nicht mehr denkbar.

Dämonisierung, Delegitimierung, Doppelstandards

Ist der Umgang der Vereinten Nationen mit Israel antisemitisch? Sind die ständigen schrillen Verurteilungen antisemitisch motiviert? Um nicht falsch verstanden zu werden: Nein, nicht jede Kritik an der konkreten Politik der israelischen Regierung ist antisemitisch. Aber es gibt viele, sehr viele Ansichten und Äußerungen über Israel, aus denen eine dermaßen grundsätzliche Ablehnung des einzigen Staates auf dieser Welt hervorgeht, in denen die Juden in der Mehrheit sind, dass man diese Ansichten und Äußerungen nicht mehr Kritik nennen kann. Wie unterscheidet man nun das eine vom anderen, also Kritik von Antisemitismus? Dazu ist der sogenannte 3-D-Test hilfreich, der auf Natan Scharanski zurückgeht, den früheren israelischen Minister für soziale Fragen, und der inzwischen in seriöse Antisemitismusdefinitionen übernommen wurde, etwa in die der *International Holocaust Remembrance Alliance* (IHRA). (Die IHRA ist eine internationale Einrichtung, die Regierungen und Experten mit dem Ziel zusammenbringt, die Aufklärung, Forschung und das Erinnern im Bereich des Holocaust weltweit zu fördern und voranzutreiben. Ihr gehören 32 Mitgliedsländer, zwei Partnerländer und acht Beobachterstaaten an.) Dieser 3-D-Test basiert auf drei Kriterien, die alle mit einem »D« beginnen: Dämonisierung, Delegitimierung, doppelte Standards. Äußerungen über Israel, die einem dieser Kriterien entsprechen, sind demnach antisemitisch.

Mit *Dämonisierung*, also der Verteufelung ist beispielsweise die absurde Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Deutschland gemeint, etwa durch die Behauptung, die israelische Armee führe einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser. Oder durch die Ansicht: »Was der Staat Israel heute mit den Palästinensern macht, ist im Prinzip auch nichts anderes als das, was die Nazis im Dritten Reich mit den Juden gemacht haben.« (Dies sind übrigens Äußerungen, denen in Deutschland bis zu 40 Prozent der Bevölkerung zustimmen.) Eine *Delegitimierung* stellen Äußerungen dar, mit denen Israel das Existenzrecht, also seine Legitimität, abgesprochen wird, etwa durch die Behauptung, es sei ein Unrechtsstaat oder ein Apartheidstaat. Mit dem Begriff *doppelte Standards* ist gemeint, dass an Israel Maßstäbe angelegt werden, die für kein anderes Land geltend gemacht werden, das heißt: dass an ihm etwas kritisiert wird, das man an anderen Ländern nicht oder wesentlich weniger kritisiert, obwohl dort Ähnliches oder sogar wesentlich Schlimmeres geschieht.

Es ist offensichtlich, dass diese Dämonisierung, diese Delegitimierung und diese doppelten Standards bei den Vereinten Nationen vorliegen, wenn es um Israel geht. Kein Land wird häufiger verurteilt, dabei ist es absurd, davon auszugehen, dass sich dort Schlimmeres zuträgt als beispielsweise in Nordkorea, Syrien, dem Iran oder anderen Autokratien, Despotien und Diktaturen. Dabei geht der Uno übrigens keineswegs um die Palästinenser, die Parole lautet vielmehr: Vereinte Nationen gegen Israel. Die Grundlage für diese institutionelle Diskriminierung, die weit mehr ist als die Summe israelfeindlicher Resolutionen einer Mehrheit von UN-Mitgliedern, ist ein israelbezogener Antisemitismus, der auch von den Europäern oft genug mitgetragen oder zumindest geduldet wird – sei um des Appeasements gegenüber Israels Gegnern willen, sei es aus originär antizionistischem Antrieb, sei es aus ökonomischem Interesse, sei es aus anderen Gründen.

Israel wurde 1948 gegründet, drei Jahre nach dem Ende der Shoa, mit ausdrücklicher Zustimmung der Vereinten Nationen. Das Land ist seitdem eine Art Lebensversicherung für alle Juden auf dieser Welt. Der Begründer des Zionismus, Theodor Herzl, hatte Ende des 19. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des in Europa grassierenden Antisemitismus und dem damit verbundenen uneingelösten Gleichheitsversprechens gegenüber den Juden sinngemäß argumentiert: Wenn die Welt in Nationalstaaten aufgeteilt ist und die Juden weltweit antisemitisch benachteiligt, unterdrückt und verfolgt werden, brauchen sie einen eigenen Staat, in dem sie die Mehrheit sind und selbst über ihre Geschicke entscheiden können, in dem sie also selbstbestimmt leben können. Der Holocaust hat die Notwendigkeit eines solchen jüdischen Staates auf unvergleichlich grausame Weise noch einmal deutlich gemacht. Jeder Jude und jede Jüdin auf dieser Welt und überhaupt jeder antisemitisch Verfolgte hat das Recht auf Einwanderung nach Israel.

Nun gibt es bekanntlich eine fundamentale Ablehnung des Staates Israel durch fast alle arabischen und muslimischen Länder, aber der Antisemitismus im Nahen Osten entstand nicht erst mit der israelischen Staatsgründung. Es gab ihn bereits lange zuvor, er richtete sich gegen die dort lebenden Juden, und er führte zu Pogromen wie jenem in Hebron 1929, das auf der falschen Behauptung gründete, die Juden wollten sich die heiligen islamischen Stätten unter den Nagel reißen und die Muslime vertreiben. Terrororganisationen wie die palästinensische Hamas und die libanesische Hisbollah haben kein Problem damit, was Israel tut oder lässt, sondern damit, dass es überhaupt existiert. Sie wollen keinen Staat Palästina *neben* Israel, sondern *an seiner Stelle*. Das rechtfertigt nicht jede einzelne Handlung der israelischen

Regierung oder der israelischen Armee, aber man versteht den Konflikt nicht, wenn man ausblendet, dass es den meisten von Israels Nachbarn nicht um eine Zweistaatenlösung geht, sondern um eine Kein-Staat-Israel-Lösung. Israel ist deshalb der einzige Staat der Welt, der sich keine militärische Niederlage leisten kann, ohne von der Landkarte zu verschwinden.

Was bei den Vereinten Nationen geschieht, ist vor allem eine Delegitimierung Israels. Die ständigen, zahlreichen Verurteilungen in fast allen Gremien stehen in keinem Verhältnis zur Realität. Aber so ist das in den öffentlichen und veröffentlichten Debatten über den jüdischen Staat häufig ebenfalls. Der israelbezogene Antisemitismus erfreut sich dort einer großen Verbreitung und einer geradezu unheimlichen Popularität. Denn er bietet die Möglichkeit einer *Umwegkommunikation*, wie die Sprachwissenschaftlerin Monika Schwarz-Friesel von der Technischen Universität Berlin es nennt. Man könnte es in aller Kürze so formulieren: Nach Auschwitz zieht man nicht mehr so sehr über »den Juden« her, sondern ersatzweise über den Judenstaat, der gewissermaßen der »Jude unter den Staaten« ist und als solcher behandelt wird. Dabei sollte es, gerade wenn man in Deutschland lebt, selbstverständlich sein, für den jüdischen Staat und sein Recht auf Existenz und Selbstverteidigung einzutreten. Und gegen die sogenannte *Israelkritik*, die – nicht nur bei den Vereinten Nationen – mit Kritik nichts, mit Ressentiments dagegen eine Menge zu tun hat.

Vortragsmanuskript. Ausführliche Quellenangaben und weitere Ausführungen zum Thema finden sich in: Alex Feuerherdt/Florian Markl, Vereinte Nationen gegen Israel. Wie die UNO den jüdischen Staat delegitimiert. Berlin 2018